

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE



Pressemitteilung der kommunalen Landesverbände

Kiel, 14. Februar 2024

Die Landesregierung steht in der Pflicht, die Ziele der Kita-Reform zu verwirklichen

Mit Sorge nehmen die Kommunalen Landesverbände die aktuelle Diskussion um die Kita-Reform zur Kenntnis. Es besteht die Gefahr, dass die ursprünglichen Ziele der Reform, insbesondere eine nachhaltige Entlastung der kommunalen Ebene, nicht erreicht werden. Die Landesregierung ist aufgerufen, schnell Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Inhaltlich sei schon jetzt klar: die über das Standard-Qualitäts-Kosten-Modell (SQKM) zur Verfügung gestellten Mittel seien nicht ausreichend. „Diese Lücken, die zur Zeit von den Standortgemeinden außerhalb des SQKM getragen werden, müssen ab dem Jahr 2025, auch mit Landesmitteln, geschlossen werden. Diese Erwartungshaltung baut auch auf politische Zusagen an die kommunale Ebene bei Verabschiedung der gesetzlichen Grundlagen“, so Marc Ziertmann. „Selbstverständlich ist auch die kommunale Ebene bereit, ihren Beitrag zu leisten. Schließlich werde das SQKM zu einem erheblichen Anteil immer auch von den Wohnortgemeinden finanziert.“ ergänzt Jörg Bülow. In jedem Fall müsse schnellstmöglich Planungssicherheit über die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden. „Wenn die Ministerin schon den im Gesetz beschriebenen Weg verändert, erwarten wir aus dem Ministerium Vorschläge, wie die Ziele der Reform weiter verwirklicht werden können“, so Dr. Sönke E. Schulz. Hinsichtlich der ab dem Jahr 2025 geltenden Finanzierungsstruktur habe man dem Ministerium bereits im September des vergangenen Jahres aufgezeigt, welche Probleme das KiTaG in seiner jetzigen Fassung aufwerfen würde; „hier müsse ebenfalls kurzfristig Klarheit geschaffen werden“, so Dr. Sönke E. Schulz weiter.

Die Kommunen werden die absehbaren Finanzierungslücken nicht allein schließen können. Die fiskalischen Herausforderungen, die das Land ins Feld führt, treffen die kommunalen Haushalte in gleicher Weise. „Der Landesgesetzgeber kann die gesetzlichen Standards nur auf dem jetzigen Niveau halten, wenn er auch die entsprechende Finanzierung sicherstellt. Alles andere wäre unredlich und würde eine Lastenverschiebung auf die Kommunen zur Folge haben.“, ergänzt Jörg Bülow. „In schwierigen Situationen müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Einen Vorschlag zum Ausgleich der unterschiedlichen Interessen erwarten wir nun vom Land.“, formuliert Dr. Sönke E. Schulz eine klare Erwartungshaltung. „Das Ziel einer, trotz im Detail abweichender Ansichten, weitgehend im Konsens weiter entwickelte Kita-Reform ist durch die aktuelle Diskussion jedenfalls nicht leichter geworden“, stellten die Geschäftsführer abschließend gemeinsam fest.

„Wir hätten uns das im Gesetz angelegte Verfahren gewünscht, welches eine Bewertung des Evaluationsberichts und der ihm zugrundeliegenden Zahlen gemeinsam durch die unmittelbar Beteiligten in einem geschützten Raum ermöglicht hätte, zumal die Mitte Januar erfolgte Vorlage eines Entwurfes des Berichts noch teils zentrale – und bis heute nicht beantwortete – Fragen offen ließ.“, so kommentieren die Geschäftsführer der Kommunalen Landesverbände, Marc Ziertmann, Jörg

Bülow und Dr. Sönke E. Schulz, die heutige Veröffentlichung der gutachterlichen Ergebnisse durch die Sozialministerin.

verantwortlich:

Marc Ziertmann (STV SH) – PD Dr. Sönke E. Schulz (SH LKT) - Jörg Bülow (SHGT),